

An
den Bürgermeister der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock
den Rat der Stadt Schloß Holte-Stukenbrock,
die Vertreter der Presse

Ratsfraktion B90/Die Grünen

Reinhard Tölke
Fraktionsvorsitzender
Tel.: +49 (0163) 4298396
reinhard.toelke@t-online.de

Bernd Eickelmann
Fraktionsvorsitzender
Tel: +49 (0160) 98018904
bernd.eickelmann@gruene-shs.de

Rathausstraße 2
33758 Schloß Holte-Stukenbrock

Schloß Holte-Stukenbrock, 18.12.22

Haushaltsrede der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Lieber Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

im letzten Jahr begann ich unsere Haushaltsrede mit der Feststellung, dass wir in schwierigen Zeiten leben.

Wenn ich heute wieder hier stehen darf und Ihnen die Anmerkungen der Grünen Fraktion zum Haushalt der Stadt für das Jahr 2023 zumute, hat sich daran nichts geändert, vielleicht nur die Tatsache, dass wir uns noch glücklicher schätzen dürfen, heute hier zu sein, frei zu sein in unserer Rede und unserem Handeln, ohne Angst vor Sanktionen oder abscheulicher Gewalt die uns angetan wird.

Ich stehe hier mit einem warmen Dach über dem Kopf, einem gebügelten Hemd am Leib und der verlässlichen Aussicht auf eine warme Mahlzeit.

Das letzte Jahr war noch geprägt von der Corona-Pandemie und wir dachten, diese Zeit verlangt uns alles ab und es kann nur noch besser werden.

Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben wir eine weitere unfreiwillige Erkenntnis über die Zerbrechlichkeit unserer Welt und unseres Lebensstils erhalten, ohne wirklich akzeptable Lösungen für ein friedliches Miteinander hier und in der Welt entwickeln zu können.

Diese Welt, diese Zeit, ruft uns auf, demütig auf unsere privilegierte Situation zu schauen und so zu handeln, dass wir nicht spalten, nicht unsere Mitmenschen verunglimpfen,

sondern zusammen die Herausforderungen annehmen und das Beste dafür tun, dass wir und die zukünftigen Generationen in einer lebenswerten Welt wohnen können.

Eigentlich hatten wir uns vorgenommen auch in diesem Sinne die Haushaltsberatungen und den Beschluss über den Gesamthaushalt mit Wohlwollen und Freundlichkeit zu begleiten und ich denke dies ist uns fast gelungen, doch je näher und konkreter die Auseinandersetzung mit den Themen kam mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass dies nicht so einfach, und am Ende des Tages nicht möglich ist.

Ich werde trotzdem versuchen, ohne grobe Sticheleien und den üblichen Vorwürfen über die verfehlte Politik der politischen Mitbewerberinnen auszukommen.

Auch wenn es nicht so leicht fällt und es genügend Gründe gibt, es anders zu tun.

Bei diesem uns vorliegenden Haushaltsentwurf müssen wir mit einigen Spekulationen leben. So wissen wir nun wirklich nicht, ob wir mit den Gesamtaufwendungen von 68 Millionen Euro auskommen und ob wirklich 63 Millionen Euro an Erträgen zu erwarten sind. Diese optimistische Prognose führt schon zu einem Defizit und der weiteren Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage. In den letzten Jahren haben wir fast immer erlebt, dass die Prognose schlechter war als die Realität und der Jahresabschluss am Ende des Tages doch ein positives Ergebnis brachte.

Darauf werden wir uns nicht mehr verlassen können.

Nichtsdestotrotz sind wir als Politik aufgefordert, Ziele und Maßnahmen zu entwickeln, die nicht nur Pflichtprogramm sind, sondern nachhaltig die Stadt prägen und zu einem lebenswerten Ort machen.

Diese Ziele, die die Politik vorgibt, sind maßgeblich für das Handeln der Verwaltung und auch für die Aufstellung der zukünftigen Finanzpläne.

Dass die Mehrheit im Rat sich weiterhin vehement weigert, unserem Antrag zuzustimmen, dass sich die Höhe der Steuern und Gebühren aus dem Finanzbedarf der von der Politik festgelegten Zielen ergibt, ist schon schade und nicht nachvollziehbar.

Sollte es in den nächsten Jahren zu Einsparmaßnahmen kommen müssen, haben wir weitere Ziele und Maßnahmen zu formulieren und diese finanziell auszustatten. Auch mit dem Instrument der Gewerbesteuer.

Es bleibt mir auch nichts Anderes übrig als auf den „Klima Deal“ einzugehen, der als Antrag der CDU in die Politik gebracht wurde und uns in diesem Jahr und in den folgenden beschäftigt bzw. beschäftigen wird.

Dass mit dem Klima kein Deal zu machen ist, sprach ich bereits und ich will das hier gar nicht vertiefen.

Ein umfangreicher Antrag, vor allem in seiner medialen Dimension, der erstaunlich rasch in den Gremien und mit hohem Einsatz der Verwaltung behandelt und beschlossen wurde.

Das Ziel, die Stadt im Sinne des „Unternehmens Stadt“, bis 2025 klimaneutral zu machen, ist schon Klasse und dem gebührt unser Respekt und unsere Anerkennung.

Wie dies zu erreichen ist, wenn wir beispielsweise weiter die notwendigen Heizungserneuerungen in den Schulen mit der Anschaffung von Heizungen lösen, die fossile Rohstoffe verbrennen, bleibt mir dann doch ein bisschen rätselhaft.

Der Rest dieses Antrages beschränkt sich leider auf Prüfaufträge und wage Willensbekundungen.

Und einmal muss ich dann doch lästern:

Ein namenloses 100 Meter langes Sträßchen zwischen Cara Vita und Kühlem Grund zur Fahrradstraße erklären zu wollen und damit die Verkehrswende einzuleiten ist schon ambitioniert.

Dies ist Klimaschutz mit Verstand.

Und ein ärmelloses Baumwollshirt ist ein Norwegerpullover.

Über die Aussage der CDU, wir seien ja nur neidisch, weil wir einen solchen Antrag nicht eingebracht haben, habe ich mit viel Wohlwollen tatsächlich nachgedacht.

Ich bin tatsächlich neidisch darauf, obwohl Neid nicht zu meinen Kernkompetenzen zählt und eigentlich auch total unnötig ist, da Anträge von **uns** nicht in dieser flotten und kompetenten Art bearbeitet werden.

Ohne zu jammern möchte ich diesbezüglich doch ein paar Beispiele nennen, die den Inhalten des sogenannten Klima Deals nahekommen:

- Wir haben schon beantragt, dass ein Energiekonzept für Neubaugebiete aufgestellt wird. Geblieben ist ein „Kaltwärmenetz“, das kein Kaltwärmenetz ist.

- Es wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, ein robustes Radwegenetz zu planen und zu erstellen. Wir haben nichts mehr davon gehört.
- Es existiert seit einigen Jahren ein Arbeitskreis ÖPNV, dessen Ergebnisse auf sich warten lassen.
- Wir wollten eine Photovoltaik Pflicht auf allen Neubauten, geblieben ist ein Leerrohr.
- Wir haben unsere Ideen zu einer klimagerechten Gestaltung von Neubaugebieten als Diskussionsgrundlage allen Fraktionen zugesandt. Nur die FDP hat uns überhaupt eine Rückmeldung gegeben.
- Unser Antrag zu einem Ersatzflächenkonzept ist schon vor einigen Jahren mit Mehrheit auf den Weg gebracht worden. Es werden immer noch auf isolierten Flächen Bäume gepflanzt.
Uns geht es dabei nicht nur darum endlich sinnvoll und für die Natur und die Landwirtschaft verträgliche Netzwerke von Freiflächen zu erhalten und zu schaffen, sondern wir müssen uns in Zukunft viel mehr auf Artenschutz und Biodiversität konzentrieren. Hier hat auch die Stadt Schloß Holte-Stukenbrock ihren Beitrag zu leisten und wir werden im nächsten Jahr dieses Thema vermehrt in die Politik einbringen.

Und wenn ich schon dabei bin, möchte ich doch noch ein Beispiel nennen, das nicht unmittelbar mit dem Thema Klimaschutz zu tun hat:

- Es wurde auf unseren Antrag hin beschlossen, ein Denkmalschutz Konzept gemeinsam mit der Stadt Verl zu entwickeln. In diesem Haushalt steht der lapidare Satz, es gäbe keine personellen Kapazitäten und Verl hätte sich eh nicht zurückgemeldet. Wie darf ich mir das denn vorstellen? Da ruft jemand in Verl an, da ist gerade keiner da, vielleicht läuft der Anrufbeantworter, dann ruft keiner zurück und die Sache ist erledigt?
- Über den Arbeitskreis Fair Trade und den Beitritt zur Gemeinschaft der fahrradfreundlichen Kommunen will ich gar nicht mehr sprechen.

Ja, die Verwaltung ist hoch belastet und kann bestimmt nicht alles abarbeiten, was ihr die Politik in Auftrag gibt. Es bleibt aber manchmal schon der Beigeschmack, dass die Abarbeitung auch mit dem Ursprung des Antrages zu tun hat.

Wir werden in Zukunft sicher nicht die Ausgaben für Personal weiter exorbitant ansteigen lassen können, müssen aber darauf achten, dass die personelle Ausstattung in den wichtigen Bereichen so aufgestellt ist, dass ihre Aufgaben erfüllt werden können.
Die gewünschte und im Haushalt geplante Stelle für einen Pressereferenten bzw. Eine Pressereferentin würde ich dort nicht einordnen.

In der diesjährigen Haushaltsdebatte in den Ausschüssen haben wir nur einige kleine Anträge gestellt.

Einer war wieder einmal auf den Ausbau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus ausgerichtet. Unserem aus den geplanten 2 Millionen für den Ankauf von Grundstücken 250000 Euro auszugliedern um Flächen in Baugebieten zu sichern die für den bezahlbaren Wohnungsbau reserviert sind, wurde leider nicht gefolgt.

Auch mit dem Hinweis, dies sei jetzt so schnell mal nicht zu entscheiden. Dem will ich gar nicht widersprechen und wir haben uns ja nun auch auf eine Umgangsweise mit Anträgen zu den Haushaltsberatungen geeinigt.

Es bleibt aber immer noch die Tatsache, dass in unserer Stadt zu wenig Wohnraum für Menschen zur Verfügung steht, die sich den Preisen am Wohnungsmarkt nicht stellen können und die kein Eigenheim finanzieren können oder auch nicht wollen, weil sie einen anderen Lebensentwurf haben.

Ein weiterer Antrag war die Bereitstellung von Mitteln für die Anbahnung und Begleitung eines Beirates von Menschen mit Beeinträchtigungen.

Es war sehr schade, dass die Diskussion auf die vermeintliche nicht Notwendigkeit und der damit verbundenen Existenz der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen dezimiert wurde. Es könnte der Eindruck entstehen, wir würden die Arbeit der Beauftragten nicht wertschätzen. Das ist nicht der Fall. In dem von uns gewünschten Beirat haben Menschen die Möglichkeit, sich selbst zu organisieren, sich zu vernetzen und selbstbestimmt als Gremium Einfluss auf den Sozialraum, in dem sie leben, zu nehmen.

Dieses Empowerment steht nicht konträr zu dem, was bislang an Arbeit gemacht wurde, sondern eröffnet den Betroffenen die Möglichkeit, selbstbestimmt und auch mit Verantwortung im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu handeln.

In diesem Zusammenhang noch ein herzlicher Dank an die Verwaltung für die Mühe und kompetente Umsetzung unseres Antrages, einen barrierefreien Stadtplan in der Stadt zu entwickeln.

Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit, daher bleibt keine andere Möglichkeit als diesen Haushalt mit Freundlichkeit und Wohlwollen abzulehnen.

Ich wünsche allen, die zugehört haben, diese Sätze vielleicht noch lesen und vor allen denen, die dies nicht hören wollen, ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein freundliches neues Jahr 2023.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Reinhard Tölke
Fraktionsvorsitzender